Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf “weiterlesen” klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Wir weisen darauf hin, dass die jeweiligen Anbieter für die Barrierefreiheit ihrer Angebote selbst verantwortlich sind und es durchaus sein kann, dass der Zugang von zunächst freien Inhalten nach einer Zeit beschränkt wird.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. »Ich kann damit machen, was ich will« Trump bezeichnet 600-Milliarden-Investitionen als Geschenk der EU
2. Just Deutschland unterstützt die ethnische Säuberung in Gaza
3. Exclusive: Putin doubts potency of Trump’s ultimatum to end the war, sources say
4. Mützenich fordert scharfe Reaktion auf Trumps Atomdrohungen
5. Im Wert von 770 Millionen Euro: Bundeswehr beschert Rheinmetall den nächsten Mega-Auftrag
6. INF-Vertrag gilt nicht mehr: Moskau sieht sich bei landgestützten atomaren Raketen zu nichts mehr verpflichtet
7. Bundeswehr bereitet sich auf Großmanöver “Quadriga 2025” vor
8. Vorstandsgehälter: “Schere geht weiter auseinander”
9. Klassenkampf von oben: Ruf nach Totalsanktion
10. Reiche plant brisante Maßnahme: Neue Abgabe für alle Verbraucher – Strompreis steigt
11. TikTok: Warnstreik gegen Kahlschlag in der Content-Moderation
12. Nach der fristlosen Kündigung der Pfarrblatt-Chefredaktorin
13. Die Sonderzonen des Kapitalismus
14. Völkermord, Verfolgung und Kampf um Anerkennung: Die Geschichte der Roma und Romnja
15. Palantir profitiert vom KI-Boom
16. Booking.com: Mehr als 100 Hotels aus SH beteiligen sich an Klage

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Verantwortlich für die Richtigkeit der zitierten Texte sind die jeweiligen Quellen und nicht die NachDenkSeiten. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **»Ich kann damit machen, was ich will« Trump bezeichnet 600-Milliarden-Investitionen als Geschenk der EU**
   US-Präsident Donald Trump interpretiert den Zolldeal mit der EU auf seine eigene Weise: Über die von Brüssel in Aussicht gestellten Milliardeninvestitionen dürfe er frei verfügen. Und er droht mit neuen Zöllen. […]
   Trump wurde nun bei CNBC gefragt, was er tun würde, sollte die EU entsprechende Investitionen nicht tätigen. »Dann zahlen sie Zölle in Höhe von 35 Prozent«, sagte der US-Präsident. Unklar ist aber, wann überhaupt der Fall eines Vertragsbruchs eintreten würde, da die Investitionen auf mehrere Jahre ausgelegt sind.
   Die versprochenen Investitionen in Höhe von 600 Milliarden Dollar stünden den USA zur freien Verfügung, behauptete Trump: »Sie haben uns 600 Milliarden Dollar gegeben, die wir in alles, was wir wollen, investieren können.« Trump bezeichnete die Summe als »Geschenk«, das kein Darlehen sei und damit nicht etwa in drei Jahren zurückgezahlt werden müsse. »Die Details sind: 600 Milliarden Dollar, die ich in alles investieren kann, was ich will, alles. Ich kann damit machen, was ich will«, sagte Trump.
   Quelle: DER SPIEGEL
2. **Just Deutschland unterstützt die ethnische Säuberung in Gaza**
   Deutschland verübte den grössten Völkermord der Geschichte. Heute ist Deutschland der zweitgrösste Waffenlieferant Israels.
   Völkerrechtler sind sich nicht einig, ob sich Israel einer «ethnischen Säuberung» schuldig macht oder sogar im Begriff ist, einen «Völkermord» zu verüben. Einig sind sie sich, dass Israel mit seiner unverhältnismässigen Zerstörungswut das humanitäre Völkerrecht* in krasser Weise verletzt.
   Doch ausgerechnet Deutschland, das sich nach dem Zweiten Weltkrieg auf «nie wieder» eingeschworen hatte, hilft der rechtskonservativen und teilweise fundamentalistischen Regierung unter Präsident Benjamin Netanyahu, im Gazastreifen auf brutalste und menschenverachtende Weise vorzugehen und im Westjordanland die Palästinenser zu entrechten.
   Quelle: Infosperber

   Anmerkung unseres Lesers H.M.: *Wo bleibt in Deutschland der Aufschrei unter CDU/CSU, SPD, Grünen, FDP über die unsäglichen Gräueltaten gegenüber der Zivilbevölkerung mit dem einzigen Ziel: Die Räumung von Gaza. Die genannten Parteien blieben bisher stumm, haben ihre Glaubwürdigkeit verloren, falls sie künftig die Verletzung von Menschenrechten kritisieren und ihre Einhaltung einfordern. Schlimmere Verstöße als in Gaza kann es kaum geben!*

3. **Mützenich fordert scharfe Reaktion auf Trumps Atomdrohungen**
   »Mit dem Einsatz von Atomwaffen spielt man nicht«: Ex-SPD-Fraktionschef Mützenich wirft US-Präsident Trump vor, im Streit mit Russland »dreist und dümmlich« zu agieren. Deutschland müsse hart widersprechen.
   Der ehemalige SPD-Fraktionsvorsitzende Rolf Mützenich zeigt sich besorgt angesichts der gegenseitigen Atomdrohungen von US-Präsident Donald Trump und Russland. Der verbale Schlagabtausch zwischen Trump und dem ehemaligen Präsidenten Dmitrij Medwedew sei »nicht nur unsensibel und leichtfertig, sondern unverantwortlich«, sagte Mützenich dem SPIEGEL. Er verwies in diesem Zusammenhang auf die Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki vor 80 Jahren im August 1945.
   Quelle: DER SPIEGEL

   dazu auch: **Der Wahnsinn als Normalität – Und unser Leben ist keinen Pfifferling wert**
   Medwedew und Trump: Zwei Streithähne entscheiden, ob die Zivilisation auf diesem Globus verschwindet oder gar die Menschheit ausstirbt.
   Quelle: Overton Magazin

4. **Exclusive: Putin doubts potency of Trump's ultimatum to end the war, sources say**
   Russian President Vladimir Putin is unlikely to bow to a sanctions ultimatum expiring this Friday from U.S. President Donald Trump, and retains the goal of capturing four regions of Ukraine in their entirety, sources close to the Kremlin told Reuters.
   Trump has threatened to hit Russia with new sanctions and impose 100% tariffs on countries that buy its oil – of which the biggest are China and India – unless Putin agrees to a ceasefire in Russia's war in Ukraine.
   Putin's determination to keep going is prompted by his belief that Russia is winning and by scepticism that yet more U.S. sanctions will have much of an impact after successive waves of economic penalties during 3-1/2 years of war, according to three sources familiar with discussions in the Kremlin.
   The Russian leader does not want to anger Trump, and he realises that he may be spurning a chance to improve relations with Washington and the West, but his war goals take precedence, two of the sources said.
   Putin's goal is to fully capture the Ukrainian regions of Donetsk, Luhansk, Zaporizhzhia and Kherson, which Russia has claimed as its own, and then to talk about a peace agreement, one of the sources said.
   Quelle: Reuters
5. **INF-Vertrag gilt nicht mehr: Moskau sieht sich bei landgestützten atomaren**

Raketen zu nichts mehr verpflichtet
Die Drohungsspirale dreht sich munter weiter: Moskau verkündet, dass man sich nicht länger an den INF-Vertrag über das Verbot von landgestützten atomaren Kurz- und Mittelstreckenraketen halten wird. Die USA hatten das Abkommen schon vor Jahren aufgekündigt.
Quelle: n-tv

dazu: **Abrüstungsvereinbarung: Moskau beendet Moratorium**
Nach dem Ausstieg der USA aus dem Vertrag über den Verzicht auf landgestützte atomare Kurz- und Mittelstreckenraketen hält sich nun auch Russland offiziell nicht mehr an die Abrüstungsvereinbarung.
Quelle: ORF

6. **Im Wert von 770 Millionen Euro: Bundeswehr beschert Rheinmetall den nächsten Mega-Auftrag**
   2024 schließt Rheinmetall einen Rahmenvertrag mit der Bundeswehr zur Lieferung von Lkw, nun legt die Truppe nach. Profitieren will man beim neuen Deal von der Übernahme eines italienischen Lastwagenherstellers.
   Rheinmetall hat sich einen weiteren Großauftrag der Bundeswehr gesichert. Diese habe Rheinmetall mit der Lieferung von mehr als 1000 Logistikfahrzeugen mit einem Gesamtwert von rund 770 Millionen Euro beauftragt, teilte Rheinmetall mit. Die Auslieferung der Militär-Lkw solle noch in diesem Jahr erfolgen. Rheinmetall nehme den Auftrag für das dritte Quartal in die Bücher.
   Quelle: n-tv
7. **Bundeswehr bereitet sich auf Großmanöver "Quadriga 2025" vor**
   Die Bundeswehr will ihre Einsatzbereitschaft weiter erhöhen. Sie übt deshalb auch in diesem Jahr unter anderem wieder die Verlegung von Truppen im großen Stil. Am 18. August soll Bundeswehrangaben zufolge der erste Abschnitt der Manöverserie "Quadriga 2025" beginnen. Sie wird bis Ende September dauern. Die Abwehr von Drohnen und der Einsatz hierzu neu beschaffter Ausrüstung ist laut Bundeswehr fester Bestandteil. Insgesamt werden etwa 8.000 deutsche Soldatinnen und Soldaten teilnehmen. Geübt wird in Deutschland, Litauen sowie in Finnland und auf der Ostsee. Beteiligt sind auch Streitkräfte 13 weiterer NATO-Staaten. (…) Die NATO hat bereits in den letzten Jahren wieder verstärkt die Verlegung von Truppen geübt. Die Allianz will damit ein Signal der Abschreckung gen Moskau senden. Die Bundeswehr betont, sämtliche Szenarien der Übungsserie seien defensiv angelegt.
   Quelle: BR24
8. **Vorstandsgehälter: "Schere geht weiter auseinander"**

Die durchschnittliche Gesamtvergütung eines DAX-Vorstandsmitglieds lag im Geschäftsjahr 2024 bei 3,759 Millionen Euro – ein Anstieg um drei Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Die sogenannten Personalaufwendungen pro Mitarbeiter, also Gehälter inklusive Sozialabgaben und Zusatzleistungen, stiegen dagegen nur moderat. Die Folge: Die sogenannte Vertikalität, also das Verhältnis zwischen Vorstandsvergütung und durchschnittlichem Mitarbeiteraufwand, stieg von Faktor 40 auf 41. (…) Während die Reallöhne in Deutschland 2024 um 1,2 Prozent gestiegen sind – unterstützt durch eine leicht gesunkene Inflationsrate von zuletzt 2,0 Prozent – legten die Vorstandseinkommen stärker zu. Besonders sticht die Deutsche Bank heraus: Ihre Vorstände kamen im Schnitt auf eine Vergütung von 7,095 Millionen Euro. An der Spitze der Vergütungsskala steht Oliver Blume (Volkswagen) mit einer Gesamtvergütung von knapp 10,6 Millionen Euro. Dicht gefolgt von Bjørn Gulden (Adidas) mit rund 10,3 Millionen Euro und Christian Sewing (Deutsche Bank) mit rund 9,9 Millionen Euro.
Quelle: BR24

9. **Klassenkampf von oben: Ruf nach Totalsanktion**
Hetze gegen vermeintliche Faulenzer und Sozialbetrüger hat wieder Hochkonjunktur. Erwerbsloseninitiative plädiert für organisierte Gegenwehr […]
»Während die Koalitionäre ihren Ton gegenüber Menschen im Bürgergeldbezug immer weiter verschärfen, sind die in der Sache vielfach widerlegten Vorwürfe wie Arbeitsverweigerung und Missbrauch von Sozialleistungen immer wieder dieselben«, gab gestern Heike Wagner gegenüber junge Welt zu bedenken. Sie ist politische Referentin beim »Förderverein gewerkschaftliche Arbeitslosenarbeit«. Auch die Ziele der Akteure veränderten sich nicht, so Wagner. »Erwerbslose, Beschäftigte und Rentner sollen gegeneinander ausgespielt werden. Dafür schürt man Angst vor sozialem Abstieg, damit die Menschen zu Zugeständnissen bei Löhnen und Arbeitsbedingungen bereit sind.« Zudem lenkt die Politik von den wahren Verantwortlichkeiten ab. Tatsächlich gehen die Rekordausgaben beim Bürgergeld maßgeblich auf die wirtschaftlich verheerende Sanktionspolitik gegen Russland, die so provozierten Mondpreise bei Energie und Lebensmitteln und die wachsenden Erwerbslosigkeit zurück. Gleichwohl hielt die fällige Anpassung der Regelsätze in den Jahren 2023 und 2024 nicht mit der realen Inflation mit, womit die Betroffenen seither faktisch noch schlechter dastehen als davor.
Quelle: Ralf Wurzbacher auf junge Welt

dazu auch: **Debatte über Bürgergeld: Ein ständig wiederkehrendes Ablenkungsmanöver**
Die Regierung und vor allem die Union sollte aufhören, so zu tun, als seien mit

Kürzungen am Bürgergeld die wichtigsten Probleme gelöst. Damit lenkt sie nur ab. Die Realität ist komplizierter. […]
Die Realität aber ist – Überraschung – komplizierter: Ja, kurzfristig ließe sich Geld einsparen, wenn geflüchtete Ukrainerinnen und Ukrainer alle kein Bürgergeld mehr bekämen. Im Asylbewerberleistungsgesetz wären es allerdings nur knapp 100 Euro weniger pro Person. Dazu kämen Nachteile wie ein hoher und wohl kostspieliger bürokratischer Aufwand, vor dem der Städte- und Gemeindebund bereits warnt. Und: Im Gegensatz zum Bürgergeld hätten die Menschen aus der Ukraine als Asylbewerber keine Pflicht, sich bei der Suche nach einem Job aktiv zu beteiligen. Was also wäre langfristig damit gewonnen?
Quelle: tagesschau

10. **Reiche plant brisante Maßnahme: Neue Abgabe für alle Verbraucher – Strompreis steigt**
Die Bundesregierung ist mit ehrgeizigen Zielen in die Amtszeit gestartet. Besonders beim Strompreis wollten Kanzler Friedrich Merz und Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche Unternehmen und Verbraucher entlasten – „um mindestens fünf Cent“ pro Kilowattstunde, wie es im Koalitionsvertrag heißt.
Dazu wollte die Merz-Regierung etwa die Stromsteuer „für alle auf das europäische Mindestmaß“ senken. Doch das Versprechen wurde gebrochen. Die vergünstigte Stromsteuer gilt deshalb nur für Industrie und Landwirtschaft, das Handwerk und private Haushalte müssen den vollen Satz bezahlen.
Ein weiteres Vorhaben könnte die Strompreise zusätzlich noch weiter steigen lassen.
Quelle: Merkur
11. **TikTok: Warnstreik gegen Kahlschlag in der Content-Moderation**
TikTok plant einen massiven Stellenabbau: Rund 150 Beschäftigte am Berliner Standort – darunter viele hochqualifizierte Fachkräfte aus der Trust-and-Safety-Abteilung – sollen durch Künstliche Intelligenz und externe Dienstleister ersetzt werden. ver.di und die Beschäftigten regierten mit Warnstreiks. Es ist der erste Streik von Beschäftigten einer Social-Media-Plattform in Deutschland
Quelle: ver.di
12. **Nach der fristlosen Kündigung der Pfarrblatt-Chefredaktorin**
Bei Kirchenmedien hagelt es Kündigungen und Abgänge. Statt unabhängigen Journalismus will die Kirche mehr PR in eigener Sache.
Es rumort in der katholischen Medienszene der Schweiz. Mehrere Chefredaktoren und Kommunikationsverantwortliche mussten ihren Stuhl räumen oder nahmen desillusioniert selbst den Hut. Was steckt hinter den Turbulenzen in der Schweizer katholischen Medienwelt?

Jüngstes Beispiel ist Annalena Müller, die der Vereinsvorstand nach nicht einmal einem Jahr als Chefredaktorin des katholischen Pfarrblatts Bern Ende Mai per sofort freigestellt und vor die Tür gesetzt hat. Ihr Vertrag endet im November.
Quelle: Infosperber

13. **Die Sonderzonen des Kapitalismus**
Zollfreilager und Privatstädte, Flaggen-Leasing und Pass-Verkauf, Freihandelszonen und Gefängnisinseln: Die schweizerisch-iranisch-kanadische Journalistin Atossa Araxia Abrahamian schildert in einem famosen Buch das Parallel-Universum der Superreichen.
Quelle: work
14. **Völkermord, Verfolgung und Kampf um Anerkennung: Die Geschichte der Roma und Romnja**
Roma und Romnja sind mit rund 12 Millionen Menschen die größte ethnische Minderheit in Europa. Ihre Geschichte ist geprägt von Vielfalt, Widerstand – und Verfolgung. Schon im 18. Jahrhundert ordnete Kaiser Karl VI ihre „Ausrottung“ an; im Nationalsozialismus erreichte die Verfolgung mit dem systematischen Mord an rund einer halben Million Rom:nja ihren grausamen Höhepunkt. Seit 2015 gilt der 2. August als internationaler Gedenktag dieses Völkermordes. Heute kämpfen Rom:nja nicht nur für Anerkennung, sondern auch gegen tief verwurzelte Klischees und Diskriminierung. Dieser Artikel gibt einen Überblick über ihren kulturellen Einfluss in Musik, Literatur und Sprache, ihre Geschichte in Österreich und ihren Aktivismus in der Gegenwart.
Quelle: kontrast.at
15. **Booking.com: Mehr als 100 Hotels aus SH beteiligen sich an Klage**
Noch bis Ende August wird europaweit eine Sammelklage gegen das Reiseportal Booking.com vorbereitet. Laut Hotelverband Deutschland beteiligen sich in Schleswig-Holstein mehr als 100 Hotels.
Wer kennt Booking.com nicht? Sucht man ein Hotel oder eine Ferienwohnung, ist Booking.com oft die erste Plattform, die nach Angeboten durchsucht wird. Aktuelle Studien zeigen, dass der Marktanteil inzwischen bei mehr als 72 Prozent in Deutschland liegt. Kunden und Gäste setzen offenbar auf den Anbieter. Doch in ganz Europa – und in Schleswig-Holstein – regt sich Widerstand gegen scheinbar jahrelang erzwungene Preisbindungen. Hintergrund ist ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs vom Herbst 2024.
Quelle: NDR
16. **Palantir profitiert vom KI-Boom**
Das Geschäft der für ihre Zusammenarbeit mit Sicherheitsbehörden bekannten Datenanalyse-Firma Palantir wächst dank Künstlicher Intelligenz rasant. Zum zweiten Mal in diesem Jahr hat der Konzern seine Prognose angehoben.

Dank der starken Nachfrage nach KI-Dienstleistungen hat Palantir Technologies seine Umsatzprognose zum zweiten Mal in diesem Jahr angehoben.
Für 2025 würden nun zwischen 4,14 und 4,15 Milliarden Dollar erwartet, teilte der US-Datenanalyse-Spezialist nach US-Börsenschluss mit. Analystinnen und Analysten hatten im Schnitt mit 3,90 Milliarden Dollar gerechnet.
Quelle: tagesschau